

Copie vertet. 022.1(29)KOMMISSION FUER TECHNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

3003 Bern, den 11. Juli 1973

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 3. Juli 1973  
im Restaurant "Bürgerhaus", BernMitglieder der Kommission:

HH. Walter Stutzer, Präsident  
 Felix Auer  
 Pierre Bungener  
 Erich Camenzind  
 Jacques Freymond  
 Thierry A. Freyvogel  
 Bruno Fritsch  
 Brenno Galli  
 Ulrich Häfelin  
 Robert Losinger  
 Mario Ludwig  
 Franz Muheim  
 Alphonse-André Niesper  
 Fritz Raaflaub  
 Olivier Rambert  
 Willy Rohner  
 Jean Ryniker  
 Robert Schnyder de Wartensee  
 Willy Sommerauer  
 Rengud Louis Thomas  
 Viktor Umbricht  
 Frau Ruth Vischer-Frey  
 HP. André Vuilleumier  
 Rainer Weibel

Politisches Departement:

Botschafter Sigismond Marcuard, DftZ  
 Herr Henri-Philippe Cart, DftZ  
 Fräulein Renata Carugo, DftZ  
 HH. Jacques Forster, DftZ  
 Richard Gächter, DftZ  
 Heinrich Jaggi, DftZ  
 Horace Jaques, DftZ  
 Theodor Kunz, DftZ  
 Pierre Leuzinger, DftZ  
 Thomas Raeber, DftZ  
 Serge Salvi, DftZ  
 Fernand Vuffray, DftZ  
 Peter Wiesmann, DftZ  
 Rolf Wilhelm, DftZ  
 Dino Beti, DftZ

Andere Departemente: HH. Fritz Staehelin, Handelsabteilung EVD  
 Yves Emery, Finanzverwaltung EFZD

Folgende Mitglieder der Kommission hatten sich entschuldigt:

Frau Anne-Marie Holenstein  
 HH. Fritz Hofmann  
 Fritz Leuthy

Der Präsident eröffnet um 10.00 Uhr die Sitzung. Er schlägt vor, Traktandum 4 der Tagesordnung an dritter Stelle zu behandeln. Somit wird folgende Tagesordnung angenommen:

1. Protokoll der 28. Sitzung der Kommission (16. Januar 1973)
2. Orientierung der Kommission über die Tätigkeit des Dienstes für technische Zusammenarbeit
3. Orientierung über die Finanzlage im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes
4. Wie soll/will die Kommission inskünftig ihre Arbeit organisieren?
5. Verschiedenes

\* \* \*

1. Protokoll der 28. Sitzung der Kommission (16. Januar 1973)

Herr Freymond erkundigt sich, ob es bisher nicht üblich gewesen sei, die Stellungnahmen der Mitglieder jeweils in der Sprache wiederzugeben, in der sie geäußert worden seien.

Herr Stutzer antwortet ihm, dies sei bisher nicht der Fall gewesen. Das Protokoll sei immer integral in der Sprache des Protokollführers geschrieben worden.

Herr Marcuard entschuldigt sich dafür, dass die der Einladung beigelegten Auszüge aus dem Geschäftsbericht des Bundesrates den welschen Mitgliedern nicht in französischer Sprache abgegeben worden seien, was möglich gewesen wäre.

2. Orientierung der Kommission über die Tätigkeit des Dienstes für technische Zusammenarbeit

./.

Herr Marcuard stellt den DftZ und dessen Tätigkeit vor (cf. Beilage 1). Anschliessend gibt er einen Ueberblick über die Organisation des DftZ, der in zwei Abteilungen und drei Stabsdienste unterteilt ist:

- Abteilung für operationelle Angelegenheiten (Chef Rolf Wilhelm)
- Abteilung für allgemeine Angelegenheiten (Chef Thomas Raeber)
- Dienst Programm, Bewertung, Statistik (Chef Louis de Battista)
- Informations- und Dokumentationsdienst (Chef Pierre Leuzinger)
- Sektion multilaterale Angelegenheiten (Chef Richard Gächter)

Herr Marcuard weist sodann auf die zwei Ausschüsse hin, die ihm in seinen Entscheidungen beistehen:

- das Direktionskomitee, dem die Chefs der Abteilung für operationelle Angelegenheiten, der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten und des Dienstes für Programm, Bewertung und Statistik angehören. Dieses Komitee

- 3 -

kommt regelmässig jede Woche einmal zusammen und befasst sich mit allen grundsätzlichen Fragen des DftZ, zu denen der Delegierte Stellung nimmt.

- das Programmkomitee, das aus den Abteilungs-, Sektions- und Dienstchefs besteht, und zu dem von Fall zu Fall einzelne Mitarbeiter des DftZ zugezogen werden. Dieses Komitee prüft in erster Linie Anträge für Projektkredite.

Herr Wilhelm gibt sodann einen Ueberblick über die Organisation der Abteilung für operationelle Angelegenheiten, die aus fünf Sektionen und einem Dienst besteht:

- Sektion Kurse und Stipendien (Chef Renata Carugo)
- Sektion Asien, Europa, Ozeanien (Chef Peter Miesmann, zugleich Stellvertreter des Chefs der Abteilung für operationelle Angelegenheiten)
- Sektion Afrika (Chef Serge Salvi)
- Sektion Lateinamerika (Chef Jacques Forster)
- Sektion Entwicklungshelfer, früher Freiwillige (Chef Fernand Vuffray)
- Universitätsdienst (Chef Henri-Philippe Cart)

Herr Wilhelm weist dann daraufhin, dass die Abteilung für operationelle Angelegenheiten seit der Reorganisation der Entwicklungszusammenarbeit in der Verwaltung sich nun vermehrt auch mit den Projekten für Finanzhilfe zu befassen habe, in enger Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung EVD. Für bestimmte Fachfragen (z.B. Forstwesen, Genossenschaftswesen, Erziehung und Sozialarbeit) gibt es zudem Mitarbeiter des DftZ selber, die sich auf dem jeweiligen Gebiet spezialisiert haben und die für entsprechende Projekte jeweils zugezogen werden, auch wenn diese von einer andern Sektion betreut werden.

Herr Raeber stellt die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten vor. Sie besteht aus zwei Sektionen, zwei Diensten und der Kanzlei:

- Personalsektion (Chef Horace Jaques). Herr Raeber weist auf einige Fragen hin, mit denen sich diese Sektion zu befassen hat: Personalplanung für im Feld und an der Zentrale (diesbezüglich ergibt sich ein besonderes Problem aus der Tatsache, dass zur Zeit etwa 20 Mitarbeiter, beurlaubt, im Feld arbeiten und danach wieder in die "Mannschaft" an der Zentrale integriert werden müssen); Rekrutierung und Selektion; Vorbereitungskurse; Qualifikationssystem für Mitarbeiter im Feld.
- Sektion Rechnungswesen (Chef Theodor Kunz), die sich mit dem Budget, den Auszahlungen und der Buchhaltung des DftZ befasst. Herr Raeber erwähnt u.a. die elektronische Datenverarbeitungsanlage, die für die rationellere Erledigung der ständig zunehmenden Aufgaben des Rechnungswesens eingerichtet worden ist.
- Dienst für Einkauf (Chef Otto Itten)
- Rechtsdienst (Chef Peter Schweizer)
- Kanzlei (Chef Walter Meibel)

Die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten habe sich zudem noch mit gewissen Aufgaben, die im Organigramm des DftZ nicht sichtbar seien, zu befassen, z.B. mit der Frage der Reorganisation des DftZ, die zur Zeit gerade geprüft werde.

- 4 -

Herr Rambert fragt sich, ob die regionale Organisation der Abteilung für operationelle Angelegenheiten auf die Dauer den Anforderungen gerecht werden könne, und ob eine Organisation nach Fachgebieten nicht vorzuziehen wäre.

Herr Wilhelm entgegnet, die regionale Organisation auf operationellem Gebiet sei praktisch nicht zu umgehen. Man habe früher auch einmal teilweise nach dem sektoriellen Prinzip gearbeitet; es habe aber zu häufigen Doppelspurigkeiten geführt. Im Uebrigen seien auch die internationalen Organisationen operationell regional organisiert. Wichtig sei jedoch, dass man über Spezialisten für Fachgebiete verfüge, die gewisse Fragen ihres Gebietes über die regionale Sektion hinaus bearbeiten können. Dies sei teilweise bereits der Fall. Mit der Ausdehnung der Arbeit und auch der Fachgebiete werde es auch notwendig sein, zu spezialisierten Gremien ausserhalb des DftZ vermehrt Beziehungen anzuknüpfen.

Herr Rambert ist sich der Vorteile der regionalen Organisation durchaus bewusst, glaubt aber, dass auf lange Sicht eine vermehrte Organisation in Richtung Fachgebiete wahrscheinlich nicht zu umgehen sein wird.

Herr Raaflaub fragt sich, ob die sich ausweitende Arbeit mit dem jetzigen Personalbestand bewältigt werden könne oder ob das Personal an der Zentrale ständig zunehmen werde.

Herr Marcuard stellt fest, dass für das laufende Jahr zusätzliches Personal beantragt worden sei, und zwar 9 Personen (6 Sachbearbeiter und 3 Sekretärinnen). Das sei ein Minimum, um mit der anfallenden Arbeit fertig zu werden. Aber wegen des Personalstopps sei es zweifelhaft, ob diesem bescheidenen Gesuch vollumfänglich entsprochen werde.

Herr Stutzer möchte wissen, ob nicht die Gefahr bestehe, dass die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten im Verhältnis zu derjenigen für operationelle allzu stark wachse und gegenüber dieser ein Übergewicht bekomme. Bei der Zusammenstellung "Der DftZ in Zahlen 1969 - 1972" (Ziffer 9) stelle man jedenfalls fest, dass die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten von 1969 bis 1972 von 23 auf 37, also relativ stark zugenommen habe, während die Abteilung für operationelle Angelegenheiten im gleichen Zeitraum nur von 34 auf 42 Einheiten gewachsen, also relativ stabil geblieben sei.

Herr Marcuard erklärt diesen Unterschied in der Zunahme hauptsächlich damit, dass in der Verwaltung mehr Verständnis herrsche für die Bedürfnisse der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten, weshalb administratives Personal leichter bewilligt werde als operationelles. Während heute die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten bis auf wenige Einheiten genügend mit Personal dotiert sei, sei die für operationelle eindeutig noch unterdotiert.

Herr Thomas weist daraufhin, dass durch eine engere Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, mit Banken und anderen Organisationen der DftZ zum Teil entlastet werden könnte.

Herr Marcuard teilt diese Ansicht und erwähnt, dass dies teilweise bereits versucht werde durch spezielle Arbeitsgruppen (z.B. für industrielle Entwicklung, für Erziehung und Sozialarbeit, für Forstwesen). Auch durch die Kommission für TZ könnten immer wieder wertvolle Kontakte angeknüpft werden.

### 3. Orientierung über die Finanzlage im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

Herr Marcuard orientiert in einem kurzen Exposé über die finanzielle Lage des DftZ (cf. Beilage 2).

Herr Wilhelm hebt aus der Sicht des Operationellen ein paar Punkte hervor:

- Die schwierigste Frage sei, ob und wie man die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Organisationen (privaten und internationalen) und Ländern werde einhalten können.
- Eine mindestens mittelfristige Planung sei unbedingt notwendig, nicht zuletzt in bezug auf die Entwicklungsländer, die heute schon teilweise auf fünf Jahre planen. Man könne nicht gemeinsam mit ihnen planen, wenn man sich nicht über mehrere Jahre auf Grund der Rahmenkredite fest verpflichten könne.
- Es sei sehr schwierig, genau vor auszusehen, wann die Auszahlung für ein Projekt genau stattfinden werde. Deshalb sei eine grosse Flexibilität unerlässlich, was mit dem bisherigen System der Nachtragskredite möglich gewesen sei.
- In der jetzigen Situation könne man während eines Jahres überhaupt keine neuen Verpflichtungen mehr eingehen, da man jetzt noch nicht genau wisse, wie hoch die Auszahlungen 1974 sein werden, und man werde erst ab Sommer 1974 erfahren, wieviel man im 1975 für Entwicklungszusammenarbeit auszahlen dürfe.

Herr Freymond findet die Darlegungen der Herren Marcuard und Wilhelm überzeugend. Die Situation scheine fürs erste gelichtet zu sein, und man hoffe nun auf den verlangten Nachtragskredit. Über solche Darlegungen werde man in den nächsten Monaten wahrscheinlich immer häufiger hören und lesen. Man habe bis jetzt über die Verhältnisse gelebt, und nun brechen die mageren Zeiten an. Gegen die Inflation nütze nun einmal nur staatsbürgerlicher Sinn, und dieser müsse von allen Bürgern an den Tag gelegt werden. Wenn nun die schwierige Situation des DftZ dargestellt worden sei, so müsse auch hinzugefügt werden, was der DftZ zur Lösung der inflationären Lage in unserem Lande zu tun bereit sei.

Herr Fritsch bezeichnet die Situation des DftZ als wenig beneidenswert. Man müsse sich aber fragen, was die Ursachen dieser Situation seien. Wenn die finanziellen Beschränkungen ein Teil der Inflationsbekämpfung im Rahmen der allgemeinen Finanzpolitik des Bundes darstellen, dann müsse man darauf aufmerksam machen, dass die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit nur in beschränktem Masse inflationsfördernd seien, weil sie den

- 6 -

Binnenmarkt nur relativ anheizen. Wenn die Beschränkungen aber darauf zurückzuführen seien, dass man überhaupt gegen Entwicklungszusammenarbeit sei, dann solle man den Mut haben, dies offen zu sagen. Dann sei die Situation noch gravierender, denn es stehe der Ruf unseres Landes auf dem Spiel. Vielleicht wäre es gut, wenn man die Finanzverwaltung darauf hinweisen würde, dass der DftZ dadurch, dass man ihm ein vernünftiges Planen verunmögliche, sogar Gefahr laufe, das Geld für Entwicklungszusammenarbeit in gewissen Fällen schlecht einzusetzen.

Herr Raaflaub möchte wissen, ob der vom Parlament beschlossene Rahmenkredit von 275 Mio. Franken für technische Zusammenarbeit gekürzt worden sei oder ob er unangetastet bleibe. Wenn letzteres zutreffe, dann werde doch dem DftZ für 1974 der Teil von den 275 Mio zur Verfügung stehen, den er 1972 und 1973 nicht ausgegeben habe, d.h. entsprechend mehr als vorgesehen, da der DftZ 1973 wegen der Beschränkungen nicht soviel wie ursprünglich geplant habe auszahlen können.

Herr Marcuard erläutert, der Rahmenkredit stecke bloss die maximalen finanziellen Grenzen in einem gegebenen Zeitraum ab, bis zu denen man sich verpflichten könne. Der DftZ könne also im Rahmen dieses Kredits Verpflichtungen eingehen, aber nur unter der Bedingung, dass die entsprechenden Zahlungen im jährlichen Budget der Eidgenössenschaft vorgesehen sind. Ist dies nicht der Fall, so können die verpflichteten Beträge erst in den folgenden Jahren auf Grund der jeweiligen Bundesbudgets zur Auszahlung gelangen.

Herr Muheim anerkennt, dass die Lage des DftZ äusserst schlimm ist. Das Ansehen der Schweiz stehe damit auf dem Spiel. Nur müsse das DftZ-Problem in den gesamtschweizerischen Zusammenhang gestellt werden, und man müsse sich fragen, warum es überhaupt soweit gekommen sei. Die prekäre finanzielle Lage sei doch dadurch entstanden, dass das Schweizer Volk jahrelang gemeint habe, es könne sich finanziell alles leisten. Man habe in Sprüngen wachsen wollen, anstatt natürlich und kontinuierlich. Man dürfe eben nicht nur auf die Millionen, die fehlen, starren. Um diese Millionen vernünftig auszugeben, brauche es Leute, und diese benötigten Arbeitsräume und -geräte. Ein paar Millionen mehr für Entwicklungszusammenarbeit spielten wahrscheinlich keine Rolle. Aber denselben Wunsch nach mehr Geld könne jeder andere Verwaltungs- und Wirtschaftszweig auch vorbringen. Und das wäre natürlich gesamtwirtschaftlich nicht tragbar. Deshalb müssten wir als Bürger und Bürgerinnen denken und versuchen, unsere Wünsche in das Gesamtinteresse des Landes einzuordnen.

Herr Häfelin sieht zwei Aspekte der Frage. Es gehe einmal um die Höhe der bewilligten Kredite. Von grösserer Bedeutung sei aber die Art und Weise, wie der Rahmenkredit gehandhabt werde (auf Grund eines Verpflichtungsbudgets, oder auf Grund eines Auszahlungsbudgets). Es müsse also vor allem für diesen zweiten Aspekt rasch eine Lösung gefunden werden.

Herr Galli bedauert, dass der DftZ in diese schwierige Situation geraten sei, obwohl er innerhalb der vom Rahmenkredit und vom Parlament abgesteckten

- 7 -

Grenzen geblieben sei. Aber die Angelegenheit müsse intern im Bundesrat geregelt werden. Es sei kein Geheimnis, dass auf allen Gebieten gespart werden müsse. Es bleibe deshalb auch dem DftZ nichts anderes übrig, als seine Planung den Zwängen der allgemeinen Situation anzupassen. Herr Galli hofft, dass der Bundesrat einen Weg finden werde, um die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Er findet jedoch, es wäre gerade im Hinblick auf ein wahrscheinliches Referendum zum Gesetz unklug, wenn der Bundesrat ausgerechnet zugunsten des DftZ eine Ausnahme von den allgemeinen Sparmassnahmen machen würde.

Herr Vuilleumier meint, die Kommission könne hier nur Kenntnis nehmen von der Lage. Persönliche Stellungnahmen nützten da nicht viel. Denn wahrscheinlich müssten eben doch auch bei der Entwicklungszusammenarbeit Prioritäten gesetzt werden.

Herr Stutzer hält zunächst fest, dass die Kommission sehr wohl gegen die von der Finanzverwaltung vorgenommene Kürzung begründet Stellung nehmen könnte. Dazu müsste sie sich selber jedoch zuerst einig sein, was nun nicht der Fall sei. Er selber glaube auch, dass Kürzungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit kaum einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung darstellen. Insofern seien sie auch nicht berechtigt. Hingegen sei für ihn der politisch-psychologische Aspekt wichtig: im Hinblick auf ein Referendum müsse sich der DftZ dem Gesamtinteresse des Landes unterordnen und auch bei sich sparen. Andernfalls hätten es die politischen Gegner allzu leicht, aus einer entstehenden Sonderstellung des DftZ politisches Kapital zu schlagen.

Herr Ludwig gibt zu bedenken, der DftZ könne doch nur dann sinnvoll planen, wenn er wisse, wieviel er wann ausgeben könne. Diese Frage sei nicht direkt abhängig von der Höhe der Beträge, die für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden können. In Bezug auf den ersten Aspekt der Frage könne die Kommission sehr wohl eine Empfehlung abgeben, was vielleicht nicht ganz wertlos wäre für die Stellung des DftZ.

Herr Losinger würde eine solche Empfehlung ebenfalls befürworten. Er fragt sich jedoch, ob der Betrag, der für technische Zusammenarbeit fehle, nicht bei der Finanzhilfe geholt werden könne, indem man diese entsprechend einschränken würde.

Herr Staehelin macht darauf aufmerksam, dass die Handelsabteilung bei ihren Auszahlungen für Finanzhilfe auch Kürzungen im Vergleich zum Geplanten habe hinnehmen müssen. Diese hätten sich jedoch insofern nicht ausgewirkt, als die verschiedenen Vertragsabschlüsse für die Gewährung von Finanzhilfe-Krediten (an einzelne Länder, an regionale Entwicklungsbanken und -fonds) Verzögerungen erfahren hätten, die für 1973 vorgesehene Auszahlungen nicht in vollem Umfang nötig machen. Deshalb könnte man 1973 wohl rund 10 Mio von der Finanzhilfe auf die technische Zusammenarbeit übertragen. Das Problem sei aber dadurch nur scheinbar gelöst, als das, was man dieses Jahr aus dem Finanzhilfe-Kredit nicht benötige,

nächstes Jahr fällig werde. Man könne natürlich wiederum damit rechnen, dass auch 1974 ähnliche Verzögerungen wie dieses Jahr auftreten könnten. Sicher sei dies jedoch keineswegs.

Herr Auer glaubt nicht, dass das Volk die Entwicklungszusammenarbeit konjunkturpolitisch sehe, sondern rein politisch. Sie sei nun einmal nicht populär, umso mehr müsse sie sich in den Gesamtzusammenhang einfügen und langfristig entsprechend Prioritäten setzen. Er schliesse sich also in dieser Beziehung ganz den Voten der Herren Freymond und Muheim an.

Herr Marcuard sieht noch nicht, wie eine mittelfristige Verpflichtungsplanung mit einer sehr kurzfristigen Auszahlungsplanung zu vereinbaren sein werde. Eine Lösung werde zur Zeit gesucht. Man sei aber auf eine minimale Flexibilität angewiesen, die im Moment durch die Verzögerungen bei der Finanzhilfe ermöglicht würde. Das alles sollte bestimmt auch ausserhalb der Verwaltung verständlich zu machen sein. Er hofft, dass man die Möglichkeit sehen werde, den verlangten Zusatzkredit zu geben. Immerhin könne man darauf hinweisen, dass man trotzdem gesamthaft die für 1973 vorgesehenen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit nicht erreichen werde.

Herr Stutzer weiss aus eigener Erfahrung als ehemaliger Präsident von Swissaid, dass bei der technischen Zusammenarbeit nur ein Verpflichtungsbudget vernünftig ist. Mit einem Auszahlungsbudget alleine gerate man immer in Schwierigkeiten. Er schlägt vor, der Präsident der Kommission könnte in deren Namen ein Schreiben an den Bundesrat richten. Darin würde er über die heutige Sitzung und über die grundsätzlichen Ueberlegungen, die von den Mitgliedern geäussert worden seien, orientieren. Es würde ferner im Namen der Kommission den Bundesrat ersuchen, die ganze Angelegenheit nochmals zu überprüfen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie die schwierige Lage des DftZ gemildert werden könne.

Herr Freymond glaubt nicht recht an die Wirkung solcher offiziellen Stellungnahmen, deren es schon zu viele gebe.

Herr Ludwig dagegen würde das Vorgehen begreifen, ebenso Herr Häfelin, der jedoch präzisiert, die Empfehlung der Kommission dürfe sich nur auf die notwendige Flexibilität und nicht auf die Höhe der Kredite beziehen.

Herr Rambert wünscht, dass im Brief auch dem Willen der Kommission Ausdruck gegeben werde, die Bedürfnisse des DftZ der Gesamtsituation der Schweiz anzupassen. Dass aber die Kommission grossen Wert darauf lege, dass die eingegangenen Verpflichtungen nicht gebrochen werden.

Herr Fritsch empfiehlt, bei der Redaktion des Schreibens den DftZ beizuziehen, damit dieses so abgefasst werde, dass es dem DftZ auch wirklich einen Dienst erweise.



Die Kommission stimmt mit 19 Stimmen für die Empfehlung an den Bundesrat. Das Schreiben soll von den Herren Stutzer (Präsident), Muheim und Fritsch zusammen mit dem DftZ verfasst, und vom Präsidenten dem Bundesrat übermittelt werden. Anschliessend wird es den Mitgliedern zur Orientierung zugeschickt.

#### 4. Wie soll/will die Kommission inskünftig ihre Arbeit organisieren?

Herr Stutzer weist zunächst darauf hin, dass sich das Traktandum in erster Linie auf die jetzige Kommission für technische Zusammenarbeit beziehe, und nicht auf die im neuen Gesetz vorgesehene konsultative Kommission für Entwicklungszusammenarbeit, die die erste dann ablösen werde. Das Traktandum bleibe trotzdem sinnvoll: einerseits könnten Erfahrungen der Kommission für TZ durchaus in die Ausführungsverordnung zum neuen Gesetz noch Eingang finden, andererseits könnte die Kommission für TZ, gerade im Hinblick auf das wahrscheinliche Referendum, ihre Arbeit wirksamer gestalten.

Die Kommission für TZ habe einen dreifachen Zweck: sie berate in allgemeinen und grundsätzlichen Fragen; sie biete dem DftZ die Möglichkeit, die Erfahrungen und Kenntnisse ihrer Mitglieder für seine Tätigkeit auszunützen; sie stütze die Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und in der Öffentlichkeit ab.

Herr Stutzer stellt sich vor, die Kommission für TZ könnte in der verbleibenden Zeit ihres Mandates (ohne Referendum ca. ein halbes Jahr; mit Referendum und mit positiver Volksabstimmung ca. anderthalb Jahre) in vernünftigen Rahmen verschiedene Arbeitsweisen experimentieren und dann die dabei gemachten Erfahrungen der konsultativen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit mitteilen. Es stehe deshalb die Frage zur Diskussion, ob die Kommission für TZ wie bisher weiterhin nur in Plenarsitzungen arbeiten wolle, oder ob Arbeitsgruppen gebildet werden sollen. Die Bildung der Arbeitsgruppen könnte dann auf Grund eines von den Mitgliedern ausgefüllten Fragebogens vorgenommen werden.

Herr Niesper tritt entschieden für eine Neuordnung ein. Frühere Sitzungen hätten diese Frage schon klar beantwortet. Das Unbehagen bei der bisherigen Arbeitsweise herrsche weiterhin vor.

Herr Raaflaub glaubt, dass eine Arbeit in Fachgruppen wertvoller wäre als der bisherige Zustand. Nur sehe er noch nicht so recht, wie die Fachgebiete der einzelnen Gruppen aussehen würden. Zudem müsste dann der DftZ den einzelnen Arbeitsgruppen ganz bestimmte Aufgaben stellen, sonst werde das Ganze sinnlos.

Herr Stutzer erinnert daran, dass schon früher Arbeitsgruppen für bestimmte Aspekte der Entwicklungshilfe bestanden hätten (z.B. für Information). Das sei jedoch eine zu starke Spezialisierung gewesen, und die Gruppen hätten nicht richtig funktioniert. Er stellt sich vor, dass nun je eine Gruppe für multilaterale und für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, eine für die innenpolitische

- 10 -

Abstützung der Entwicklungszusammenarbeit, eine für Finanzhilfe, handelspolitische Massnahmen gebildet würden. Solche Gruppen wären sinnvoll und könnten das Plenum entlasten.

Herr Schnyder bezieht sich auf die den Mitgliedern abgegebene Dokumentation über die bisherigen Besprechungen. Dieser entnimmt er folgende Punkte:

- Die Funktion der Kommission für TZ sei, den Bundesrat zu beraten und dem DftZ ein Gesprächspartner zu sein. Ihre Aufgabe könne sie in Form von Stellungnahmen, Empfehlungen erfüllen, was einen hohen Grad des Informiertseins und eine intensive Auseinandersetzung mit den konkreten Sachproblemen voraussetze.
- Die Tätigkeit der Kommission bestehe demnach darin, sich zu informieren, Probleme zu erkennen und zu analysieren. Das könne sie aus eigener Initiative, auf Veranlassung durch Bundesrat oder DftZ, oder auch ex officio (bei grundlegenden, zur Diskussion stehenden Fragen) tun.
- Das Sachgebiet der Kommission für TZ sei eindeutig die schweizerische Entwicklungspolitik.
- Demnach könnten folgende Arbeitsgruppen vorgesehen werden:
  - für grundsätzliche Fragen (Philosophie, Strategie, Schwerpunkte der Tätigkeit usw.);
  - für operative und methodologische Fragen, soweit sie das Grundsätzliche und allgemein Beispielhafte betreffen, inkl. Evaluation;
  - für Abstützung der Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit.

Die Beratung fachtechnischer Art, wie sie schon von Spezialgruppen geschieht, würde nicht in den Aufgabenbereich der Kommission für TZ gehören.

Zu diesen permanenten Arbeitsgruppen könnten für spezielle Fragen von Fall zu Fall Ad-hoc-Gruppen gebildet werden: z.B. für Finanzhilfe, für Handelspolitik, für Beziehungen zu den privaten Hilfsorganisationen, für humanitäre Hilfe.

Herr Stutzer macht darauf aufmerksam, dass die humanitäre Hilfe nicht in den Bereich der konsultativen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit gehören werde, weshalb man von einer solchen Arbeitsgruppe absehen müsste.

Herr Bungener ist im wesentlichen mit dem Vorschlag von Herrn Schnyder einverstanden. Er findet jedoch, die Arbeitsgruppen dürften nicht permanent bestehen, sonst bestehe die Gefahr, dass sie gegenüber dem DftZ und dessen Spezialgruppen eine zu starke eigene Aktivität entfalten, die dann zu Doppelspurigkeiten führen könnte. Die Ad-hoc-Gruppen sollten zudem Experten beiziehen dürfen. Und in erster Linie stünden sie zur Verfügung des DftZ und des EPD, weniger jedoch des Bundesrates.

Frau Vischer findet, Arbeitsgruppen seien unbedingt notwendig, z.B. für die Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit. Diese müssten dann vor allem auch die Beschlüsse der Kommission für TZ vorbereiten.

- 11 -

Herr Niesper betont, die Kommission für TZ sei ein beratendes Organ des Bundesrates und nicht des DftZ. Er würde ein paar eher permanente Gruppen und dazu einige Ad-hoc-Gruppen befürworten.

Herr Stutzer ist auch der Meinung, dass eine grosse Flexibilität von Vorteil wäre. Hingegen würden sich ein paar permanente Gruppen beinahe aufdrängen.

Herr Muheim warnt vor permanenten Gruppen. Sie würden entweder zuviel Aktivität, die die Verwaltung stören würde, entfalten, oder dann in Passivität erstarren. Er schlägt vor, dass eine kleine Führungsgruppe (Präsident und zwei, drei Mitglieder) gebildet werde. Diese könne von Fall zu Fall kleinere Gruppen von Mitgliedern mit der Bearbeitung von Spezialfragen beauftragen, wobei sie Dauer und Umfang des Auftrages genau festlege. So sei einer möglichen präsidialen Willkür vorgebeugt, und auf Grund der von den Mitgliedern ausgefüllten Fragebogen wisse man ja genau, für welche Spezialgebiete sich jedes Mitglied interessiere. Herr Muheim warnt zudem vor der "Kommissionitis" und auch der "Expertitis". Im Parlament habe man jedenfalls festgestellt, dass Kommissionen im allgemeinen die Verwaltung mehr belasten als entlasten.

Herr Rambert ist mit dem Vorschlag von Herrn Muheim einverstanden. Er weist jedoch darauf hin, dass in der Kommission für TZ selber schon Fachleute für verschiedene Fachgebiete vorhanden sind. Der DftZ sollte diese Möglichkeit besser ausnützen.

Herr Häfelin sieht die Aufgabe der Kommission für TZ noch nicht klar. Diese dürfe jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Die jetzige Handhabung gebe schon viel Arbeit. Diese nun sollte verbessert werden. Die Initiative dazu könne vom DftZ und von der Kommission für TZ selber kommen. Nur müsse dann die Kommission genügend informiert sein. Herr Häfelin würde eine Lösung im Sinne von Herrn Muheim befürworten.

Herr Stutzer schlägt nun vor, er werde auf Grund der gemachten Vorschläge die Angelegenheit nochmals mit dem DftZ besprechen, dann würde er die getroffene Lösung einmal versuchsweise in die Tat umsetzen. Allmählich habe sich ein gangbarer Weg herauskristallisiert. Es gehe jetzt darum, ihm die praktische Form zu geben.

## 5. Verschiedenes

Herr Ryniker stellt die Frage, ob die Kommission für TZ im Hinblick auf das wahrscheinliche Referendum etwas unternehmen könne, oder ob sie als Gremium tatenlos zusehen solle.

Herr Stutzer bittet Herrn Marcuard, der Kommission mitzuteilen, wie weit sich der DftZ in Bezug auf das Referendum schon Gedanken gemacht habe. Dann müsse man sich überlegen, was die Aufgabe der Kommission für TZ in dieser Beziehung sein könne.

Herr Marcuard gibt einen Ueberblick über die Massnahmen, die im DftZ ins Auge gefasst worden sind, um, falls das Referendum ergriffen werden sollte, die Oeffentlichkeit möglichst gut informieren zu können:

- Zur Zeit werde bei den DftZ-Mitarbeitern abgeklärt, in welchen Regionen, bei welchen Organisationen, bei welchen Persönlichkeiten bereits Möglichkeiten der direkten/indirekten Kontaktnahme bestehen. Es soll dann ein Diagramm erstellt werden, um festzustellen, wo Lücken bestehen. Von dieser Bestandesaufnahme wird dann die Strategie ausgehen. Diese soll dann im Interdepartementalen Komitee für Entwicklungshilfe (CIAD) besprochen werden, denn es sei wichtig, dass sich alle für die Materie zuständigen Verwaltungszweige gemeinsam für das Gesetz einsetzen. Die Sitzung des Komitees sei für Ende Juli vorgesehen.
- Die Möglichkeit, die Bildung von lokalen Komitees (auf kantonaler, regionaler oder auch kommunaler Ebene) zu fördern, sei ebenfalls schon besprochen worden. Auch hier könne die Bestandesaufnahme wertvolle Ansatzpunkte geben.
- Als Instrumente für die Informationskampagne seien vorgesehen:
  - Eine Broschüre, die auf rund 20 wesentliche Fragen der Entwicklungszusammenarbeit Antwort geben werde;
  - Einige Monographien über Projekte;
  - ev. ein Prospekt mit Fotos von Persönlichkeiten (Politik, Kultur, Sport usw.), die kurz zur Entwicklungszusammenarbeit Stellung nehmen;
  - Eine Liste von Persönlichkeiten, die bereit sind, an Diskussionen teilzunehmen;
  - Eine Aufstellung der heiklen Probleme (z.B. Investitionen der Privatwirtschaft); zu jedem einzelnen werde in einem kurzen Exposé das Material für eine fundierte, schlagkräftige Antwort bereitgestellt.

Natürlich seien Anregungen von seiten der Kommission für TZ sehr willkommen. Diese sowie die konsultative Kommission für die Handelspolitik könnten jede eine Art Antriebszentrum sein in der eventuellen Abstimmungskampagne.

Herr Ryniker erinnert daran, dass beim Fernsehen, wenn die Referendums-kampagne einmal begonnen habe, nur noch Sendungen möglich sein werden, wo Befürworter und Gegner der Entwicklungszusammenarbeit gleich stark vertreten seien. Deshalb müsse man die Zeit vorher noch möglichst ausnützen, was Radio und Fernsehen anbelange.

Herr Marcuard gibt bekannt, die Abstimmung werde gegebenenfalls am 3. März 1974 stattfinden. Er glaubt, dass sich in einer Abstimmungskampagne die privaten Organisationen offener und stärker engagieren können als die Verwaltung. Dieser falle in erster Linie die Aufgabe zu, die Grundlageninformation für die Auseinandersetzung zu liefern.

Herr Stutzer betont, die Behörden müssten sich auch in dieser Sache klar engagieren. Hingegen dürften die Organisationen ausserhalb der Verwaltung in ihrem Engagement weiter gehen. Aber auch sie müssten sich im Einsatz der Finanzen für Information eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Sonst würden die Leute schnell sagen, man würde das Geld gescheiter für Projekte verwenden.

- 13 -

Herr Raaflaub kann dem Gesetz die Unterstützung der kirchlichen Werke zusichern. Das vom DftZ bereitgestellte Informationsmaterial müsse in genügender Menge den in Frage kommenden Stellen (Organisationen, Radio, Fernsehen, Zeitungen) abgegeben werden, sobald es bereit sei. Wichtig sei sodann die Koordination des DftZ mit den privaten Hilfsorganisationen.

Herr Marcuard hält fest, es bestehe nicht die Absicht, innerhalb des DftZ eine spezielle Gruppe für die eventuelle Informationskampagne zu bilden; hingegen solle innerhalb der Bundesverwaltung eine entsprechende gemeinsame Gruppe gebildet werden. Deshalb sei es wesentlich, dass vom CIAD eine gemeinsame Linie festgelegt werde, die dann von allen Verwaltungsstellen verfochten werden müsse.

Herr Stutzer sieht im Rahmen der Kommission für TZ eine Arbeitsgruppe für Information, die Ideen liefern und mit Mitarbeitern des DftZ und eventuell auch der Arbeitsgemeinschaft (Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas) auftauchende Probleme erörtere. Ferner könne man abklären, welche Mitglieder der Kommission für TZ sich in Artikeln, Leserbriefen usw. für das Gesetz einsetzen können. Herr Stutzer findet es aber wichtig, dass unter der Aegide des DftZ eine Clearing-Stelle geschaffen werde, die vor allem für Koordination Sorge.

Herr Freyvogel anbietet sich, über die Kanäle des Tropeninstitutes für die Verbreitung von Informationsmaterial zu sorgen. Auch an den Universitäten könnte in dieser Beziehung vieles getan werden.

Herr Marcuard dankt Herrn Freyvogel für dieses Angebot. Das Informationsmaterial sei jedoch noch nicht bereit. Man arbeite zur Zeit daran.

Herr Kyniker fragt sich, ob der DftZ bei seinen für dieses Jahr vorgesehenen Reisen für Journalisten die Vertreter der Gewerkschaften und der Landwirtschaftskreise zu berücksichtigen gedenke.

Herr Beti informiert ihn darüber, dass man bei der Zusammenstellung der verschiedenen Reisegruppen daran gedacht und entsprechend die Bundeshauskorrespondenten der Gewerkschafts- und Landwirtschaftsblätter und sogar der Boulevard-Presse zur Besichtigung von Projekten in Entwicklungsländern eingeladen habe.

Herr Bungener legt Wert darauf, dass man bei der Information selbst während der Kampagne auch die Misserfolge der Entwicklungszusammenarbeit erwähnt, sie erklärt und verständlich macht. Man dürfe diesem Aspekt nicht ausweichen.

Herr Raeber gibt zu bedenken, dass die ins Auge gefasste Arbeitsgruppe Information der Kommission für TZ nichts unternehmen sollte, bevor das CIAD in bezug auf die Informationskampagne Stellung genommen habe. Es sei überaus wichtig, dass die Verwaltung sich einig zeige. Ferner sollte die konsultative Kommission für Handelspolitik berücksichtigt werden.

- 14 -

Man könne eine gemeinsame Sitzung der beiden Kommissionen vorsehen. Diese könnten aber nicht als solche Initiativen ergreifen, im Gegensatz zu den einzelnen Mitgliedern.

Herr Stutzer würde eine gemeinsame Sitzung der beiden Kommissionen begrüßen, sofern konkrete Vorschläge unterbreitet werden können. Ein "Brain-storming" in diesem Rahmen dagegen schiene ihm nicht sehr sinnvoll.

Herr Stahelin weist darauf hin, dass die konsultative Kommission für Handelspolitik die ganze Sache erst prüfen möchte, wenn das Referendum sicher sei. Das sei im Moment noch nicht der Fall, und man müsse sich davor hüten, das Referendum durch allzu grosse Aktivität hervorzurufen.

Herr Stutzer ist der Meinung, eine Arbeitsgruppe für Information der Kommission für TZ könne gleichwohl gebildet werden.

Die nächste Sitzung wird auf den Mittwoch, den 17. Oktober 1973 festgelegt. Dies gilt, wenn die Kommission für TZ allein tagt. Sollte die Sitzung gemeinsam mit der konsultativen Kommission für Handelspolitik stattfinden, werde man versuchen, das Datum einzuhalten, wobei auch auf die andere Kommission Rücksicht genommen werden müsse.

Schluss der Sitzung: 16.15 h.

Der Sekretär: Dino Beti

Annexe 1 au  
procès-verbal  
de la réunion

Commission de coopération technique  
Séance du 3 juillet 1973 à Berne.

Le Service de la Coopération technique et ses activités.

Exposé de M. l'Ambassadeur S. Marcuard,  
Délégué à la Coopération technique.

Présenter le Service de la Coopération technique et ses activités en quelques minutes n'est pas chose facile. Etant donné le peu de temps à disposition, je me bornerai donc à souligner quelques aspects particuliers du service que je dirige maintenant depuis plus de six ans.

1. Les domaines dans lesquels un pays neutre, comme le nôtre, peut mener une politique active contribuant à la consolidation de son crédit sur le plan international, ne sont en fait pas nombreux. La coopération au développement est l'un d'eux, le plus récent, qui donne à l'extérieur une image de la Suisse conforme à ses traditions, soit une image de générosité, de solidarité, de solidité et de sérieux dans le travail. La coopération technique, qui est la forme de coopération au développement dans laquelle les Autorités fédérales ont le plus d'expérience et qui de ce fait est acceptée et relativement bien comprise par l'opinion, est une partie intégrante de notre politique étrangère.

2. Notre Service, de ce fait, est pratiquement une division du Département politique, ce qui, parmi d'autres, présente les deux avantages essentiels suivants.

La coopération technique étant l'un des modes d'expression de notre politique extérieure, il est en effet nécessaire que le service qui en est responsable fasse partie du Département et qu'il participe de ce fait au mécanisme de décision du Département politique. En tant que Délégué à la Coopération technique, Chef d'une Division du Département, je participe automatiquement aux réunions hebdomadaires des chefs de Divisions qui ont lieu sous la présidence du Chef du Département. Je fais partie également des Commissions de promotions et de transferts. Je reçois tous les télégrammes et rapports politiques intéressant les activités de mon Service. Mes deux vice-directeurs se réunissent de leur côté périodiquement avec les chefs de sections et de services du Département ayant des activités complémentaires à la nôtre: Section des oeuvres d'entraide internationale, Section économique et financière, Sections politiques Est et Ouest, Service du Délégué en matière de catastrophes.

- 2 -

Le deuxième avantage est que si nous parvenons à travailler avec un effectif relativement réduit (95 personnes), c'est parce que nous pouvons compter sur la collaboration entière du réseau diplomatique et consulaire suisse à l'étranger. Normalement, nos accords de coopération technique avec les gouvernements étrangers sont conclus par nos ambassadeurs; la connaissance qu'ont ces derniers de leur pays de résidence, leurs relations avec l'Administration centrale, sont pour nous souvent d'une grande utilité; d'innombrables démarches administratives sont exécutées pour le compte de la CT par nos missions à l'étranger. Or, il est tout à fait clair que cette collaboration ne serait pas la même si le Service ne faisait pas partie du Département.

3. Le Département politique n'épaulé pas seulement nos activités sur le terrain, il nous fournit également à la Centrale une fraction importante de notre personnel. Ainsi, notre Service comprend du personnel ayant des statuts différents: personnel diplomatique et consulaire régulier, fonctionnaires des services généraux, employés permanents et employés temporaires. Des règles différentes sont applicables à ces diverses catégories d'agents (recrutement, transferts, rémunération), ce qui est logique compte tenu du fait que leurs fonctions ne sont pas les mêmes. Mais cette coexistence au sein de notre Service a ceci de positif qu'elle empêche que des écarts de plus en plus sensibles se creusent entre les intéressés, ce faisant elle facilite l'intégration progressive d'activités qui sont complémentaires. Pour certains de nos postes à l'étranger, la coopération au développement et l'aide humanitaire internationale constituent le 75% de leur activité.

Cet effort d'intégration du Service nouveau qu'est le nôtre dans un Département forcément traditionnel comme le Département politique s'exprime de diverses façons: d'abord par un panachage à la tête: la direction comprend en effet des agents spécialistes du développement et des fonctionnaires du service diplomatique et consulaire. Récemment, le Département politique a donné la possibilité aux agents du Service de la Coopération technique d'accéder, à des conditions bien précises, à différents niveaux, à des fonctions du service diplomatique et consulaire. Dans certains postes, nous adjoignons au personnel de nos missions des agents spécialisés en qualité d'attachés de coopération technique, etc.

4. Le Service de la CT au sein du Département a ceci de particulier qu'il n'est pas essentiellement un service représentatif ayant des activités de contact et d'information, mais qu'il est bien d'abord un service opérationnel réalisant des projets de développement, c'est-à-dire des actions complexes dans un milieu étranger, ce qui implique tout une chaîne d'opérations délicates telles que l'analyse du milieu, l'élaboration du projet, la mise au point avec le partenaire d'un plan d'opérations détaillé, l'exécution de ce plan, l'évaluation des résultats obtenus, la remise du projet aux autochtones, le maintien, cas échéant, après

./.



la remise, de certaines mesures consécutives. Le succès de ces opérations dépend évidemment autant de l'expérience de ceux qui les conçoivent que de la qualité de ceux qui les exécutent. Pour intéresser et retenir un personnel qualifié, le Service doit avoir une certaine envergure, une certaine masse, soit offrir des postes de travail attrayants voire même une carrière. C'est pourquoi nous avons toujours défendu l'idée qu'il ne devait y avoir dans l'Administration fédérale qu'un seul service opérationnel en matière de coopération au développement si l'on désirait que ce service devienne avec le temps et l'expérience toujours plus efficace.

De ce qui précède découle que l'âme du Service de la CT est la division opérationnelle, composée en majeure partie d'agents se consacrant de manière durable aux problèmes de développement, la division des affaires générales ayant elle pour objectif de faire tout ce qui est administrativement possible pour faciliter le travail de l'opérationnelle.

Le tableau que nous vous avons distribué donne une représentation chiffrée de nos activités actuelles.

5. En conclusion, j'aimerais relever deux caractéristiques qui rendent à mon avis le travail particulièrement agréable au sein de la CT: la motivation en général très vive de ceux qui y travaillent, ce qui les rend capables d'efforts qu'il n'est pas nécessaire de leur demander, et la volonté que la majorité d'entre eux manifeste, à tous les échelons, de prendre part directement à la vie et à l'amélioration du Service.

Voici quelques indications bien fragmentaires, qui auront au moins l'avantage de ne pas être ce que vous diront dans un instant sur leur activité les Chefs des deux divisions du Service.

Annexe 2 au  
procès-verbal  
de la réunion.

Commission de coopération technique  
Séance du 3 juillet 1973 à Berne.

Situation financière de la Coopération technique.

Exposé de M. l'Ambassadeur S. Marcuard,  
Délégué à la Coopération technique.

Depuis sa création, le service de la CT s'est vu octroyer par le Parlement des crédits d'engagement couvrant une période de plusieurs années. Les projets de coopération technique s'étendant de leur côté sur plusieurs années également impliquent nécessairement une planification à moyen terme. Considérant que l'octroi par le Parlement de crédits d'engagement pluriannuels était une réponse à cet impératif, nous avons établi toute notre planification en matière de coopération technique sur le volume des engagements qui nous était accordé par les Chambres fédérales.

Quant aux paiements découlant des engagements pris, ils étaient inscrits au budget annuel de la Confédération; lors de l'établissement du budget annuel en question, nous donnions une première estimation forcément encore approximative, la réalisation d'un projet de développement dépendant d'une multitude de facteurs susceptibles d'en accélérer ou d'en ralentir l'exécution. En cours d'année, lorsque nous étions en mesure d'apprécier plus exactement nos besoins, nous demandions, le cas échéant, un crédit complémentaire.

Cette pratique étant entrée dans les moeurs au cours des années, nous ne pensions pas qu'elle serait mise en question, compte tenu notamment du fait que le Conseil fédéral avait en principe reconnu la plus haute des priorités aux dépenses d'aide humanitaire et de coopération au développement internationales et du fait également que depuis plusieurs années l'Administration fédérale établissait en son sein un plan à moyen terme de son aide publique aux pays en développement, plan qui servait de base à la formulation concrète de nos demandes de crédit en matière de coopération au développement.

C'est en automne dernier que le vent s'est mis à tourner. Le Conseil fédéral a d'abord décidé de réduire de 7 millions - dans le cadre d'un effort général de compression des dépenses de la Confédération - le crédit de paiement que nous avions sollicité et qui, provisoirement, avait été admis. Nous ne sommes pas trop inquiétés de cette première mesure, convaincus que nous étions que l'on nous restituerait sous forme de crédit complémentaire ce que l'on venait

- 2 -

de nous enlever. En novembre 1972, nous avons l'occasion d'expliquer en détail à la Commission des finances des Chambres fédérales la situation extrêmement difficile dans laquelle nous placerait la compression opérée si elle était maintenue, attendu que l'on pouvait se rendre compte alors déjà que les moyens à disposition ne suffiraient pas à couvrir nos besoins; nous annonçons d'ors et déjà une demande de crédit complémentaire.

En janvier 1973, le Conseil fédéral décidait de ne plus reconnaître aux dépenses dites d'aide internationale une priorité, les mettant à l'abri de coupes si la situation monétaire interne l'exigeait. Au mois d'avril, les services de l'Administration fédérale étaient en outre invités à s'abstenir de présenter toute demande de crédit complémentaire. Nous sommes alors intervenus, non seulement auprès du Chef du Département, parfaitement au courant d'ailleurs de notre situation, mais encore auprès de l'Administration des finances et des douanes, puis auprès de M. le Conseiller fédéral Celio lui-même. Simultanément, nous donnions un sérieux coup de frein à nos activités de programmation. Peu après, les Finances, constatant - ce qu'elles auraient pu faire beaucoup plus tôt - que nos états de situation financiers mensuels faisaient apparaître pour l'exercice en cours des dépenses vraisemblables pour une somme supérieure à celle figurant au budget, bloquaient toutes nos demandes de crédit, nous informant qu'elles n'en laisseraient passer aucune avant d'avoir en mains une liste détaillée des paiements demeurant, pour l'année en cours, dans le cadre des 70 millions. Nous avons une fois de plus exposé à cette Administration la situation extrêmement désagréable dans laquelle nous nous trouvions. La compression inopinée du volume de nos paiements nous empêchait d'honorer des engagements que nous avons pris formellement, par écrit ou verbalement, en toute bonne foi, vis-à-vis de gouvernements étrangers, d'organisations internationales et d'organisations privées suisses.

Si l'on désirait réellement qu'à l'avenir nous planifiions nos activités non plus sur nos possibilités d'engagements mais bien sur nos possibilités de paiements, il était indispensable qu'on nous laisse le temps nécessaire pour changer de système, soit au minimum deux ans. Non sans peine, nous avons finalement persuadé l'Administration des finances et des douanes d'accepter en principe au moins que nous ferions une demande de crédit complémentaire, étant entendu toutefois que cette demande ne dépasserait pas le montant global prévu dans la planification à moyen terme de la Confédération, où figurait le chiffre de 77 millions pour l'année 1973. Or, cette indication, datant de plus de deux ans, était elle-même nettement inférieure à nos besoins. A l'époque, nous ne disposions pas encore des instruments indispensables à l'établissement d'un plan précis de nos dépenses. Aujourd'hui, nous avons comblé cette lacune et chaque demande d'ouverture de crédit doit être accompagnée d'un plan financier fixant de manière aussi exacte que possible l'étalement des paiements à effectuer. Par ailleurs, l'augmentation des coûts a été beaucoup plus rapide que prévue. Enfin, nous exécutons aujourd'hui des projets d'un volume moyen supérieur à ce que nous

./.

- 3 -

faisons il y a deux ans. Nous sommes en conséquence en mesure de nous engager plus rapidement qu'auparavant. Pour ces diverses raisons, les crédits de paiement que nous avons estimés en 1971 à 77 millions et 87 millions pour les années 1973 et 1974 étaient insuffisants.

C'est là ce qui explique que nous allons présenter à l'Administration des finances et des douanes une demande de crédit complémentaire pour l'exercice en cours de 10 millions et non de 7 et l'inscription au budget pour l'année 1974 d'un montant de frs 98 millions et non de 87 millions de frs.

Le Chef du Département des finances ayant déclaré, en réponse à une question posée lors des débats auxquels donna lieu l'approbation du projet de loi sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationale que les engagements pris par notre service pourraient être respectés, nous voulons croire qu'il fera droit à ces demandes. Et cependant, ceci devrait être possible, compte tenu du fait que si la coopération technique a effectivement des besoins supérieurs à ces prévisions en matière de paiements, l'aide financière, elle, ne parviendra pas à utiliser pleinement le crédit de paiement qui lui a été ouvert. Ainsi donc, même en faisant droit à nos requêtes, les sommes dépensées au titre de la coopération au développement demeureront inférieures à ce qui était prévu au budget. Je relève enfin qu'au cours des entretiens que nous avons eus avec l'Administration des finances et des douanes, nos interlocuteurs nous ont laissé entendre qu'ils comptaient bien que nous stabiliserions nos dépenses à 100 millions par an dès 1975!

Voici la situation. Même si finalement nous obtenons un crédit complémentaire de l'ordre de 10 millions, il n'en restera pas moins que nous devons examiner avec une sévérité accrue

- a) l'opportunité de prévoir de nouvelles phases pour des projets en cours,
  - b) l'opportunité de répéter des actions qui ont fait leurs preuves et dont la répétition nous est demandée par nos partenaires,
- et c) que nous devons nous montrer encore plus sélectifs dans le choix de tout nouveau projet.

Il paraît aussi dès maintenant peu vraisemblable que dans le cadre que je viens de décrire nous puissions vraisemblablement et honnêtement engager au 31 décembre 1974 les 275 millions accordés par le Parlement pour la période du 1er juillet 1972 au 31 décembre 1974. A quoi sert en effet de s'engager si l'on ne peut payer qu'après plusieurs années!

Nous voyons mal également comment nous pourrions efficacement programmer nos activités en fonction de chiffres qui seront connus à court terme et qui seront toujours sujets à modifications,

./.

- 4 -

au gré des aléas de la situation monétaire, nationale et internationale.

Quant à un plafonnement de nos dépenses à partir de 1975, cela revient à dire que l'on gèlerait la forme de coopération au développement qui est la mieux comprise et acceptée par notre opinion ce qui aurait entre autre pour conséquence que, contrairement aux assurances données à diverses reprises par les autorités fédérales, la contribution de la Suisse en matière d'aide publique en faveur des pays en voie de développement, au lieu de croître et de se rapprocher de l'effort moyen que font les autres pays développés, irait au contraire en s'amenuisant tant en valeur réelle, compte tenu de l'inflation qu'en pourcentage du PNB, compte tenu du taux d'accroissement annuel de ce dernier.